

Annoncen-
Annahme-Büroaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweihundachtzigster Jahrgang.

Nr. 776.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 5. November.

Annahme-Büroaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Ploss.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Jubiläum“.

1879.

Amtliches.

Berlin, 4. November. Der König hat geruht: dem Staats-Minister Dr. Leonhardt den Stern der Großkomtur des königlichen Hauses-Ordens von Hohenzollern, ferner dem Banquier Wilhelm Pfeiffer zu Düsseldorf den Charakter als Kommerzien-Rath zu verleihen.

Der Vermessungs-Revieror Wilhelm Albert Heinrich Immenckenberg zu Kassel ist zum Vermessungs-Inspektor ernannt worden.

Dem Metallwarenfabrikanten Wilhelm Bitter und dem Tischlermeister A. Vorberbrügge zu Bielefeld ist die Medaille für gewerbliche Leistungen in Bronze verliehen worden.

Vom Landtage.

4. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 4. November. 12 Uhr. Am Ministertisch Bitter und Dr. Lucius mit zahlreichen Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl dreier Mitglieder zur statistischen Zentralkommission. Abg. Windthorst beantragt, die drei bisherigen Mitglieder: Miquel, Birchom und Gneist durch Aufflammung wiederzuwählen. Der Präsident fragt, ob gegen diesen Antrag von keiner Seite Einspruch erhoben wird. Abg. v. Luck erhebt Einspruch, zieht ihn aber in dem Moment, in welchem der zeitraubende Wahlkampf durch Namensaufruf beginnen soll, zurück und das Haus tritt den Antrag Windthorsts bei.

Es folgt die erste Beratung des Gesetz-Entwurfs betreffend das Verfahren in Auseinandersetzung-Aangelegenheiten.

Abg. v. Schellwitz: Die Vorlage wende die Bestimmungen der neuen Zivilprozeßordnung auf das Auseinandersetzungsvorfahren an; aber so einfach eine solche Aufgabe auch erscheine, so biete sie doch erhebliche Schwierigkeiten, da man sich nicht mit der bloßen Hinweisung auf die Zivilprozeßordnung begnügen könne, sondern sie der Materie anpassen müsse. Redner beantragt die Verweisung der Vorlage an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern, in die man neben Mitgliedern, die in Auseinandersetzungsfällen erfahren sind, auch Kenner der neuen Prozeßordnung wählen möge.

Abg. Dräger schlägt dagegen vor, den Entwurf an die vereinigte Justiz- und Agrarkommission zu überweisen; es handle sich um ein zweigethaltes Gebiet, da an der juristischen Neugestaltung des Verfahrens auch die agrarischen Interessen ebenfalls beteiligt seien. Redner vermisst die einheitliche Regelung der Materie, die ein dringendes Bedürfnis sei. Während z. B. in den östlichen Provinzen alle Streitigkeiten, die außerhalb des Auseinandersetzungsvorfahrens, aber in Konkurrenz mit demselben entstehen, vor die Auseinandersetzungskommission gehören, sind in Hannover die ordentlichen Gerichte nur dieselben zuständig. Dann sollte ein Gesetz auf sich selbst berufen und sich aus sich selbst erklären; bei der etwas überhasteten Gesetzgebung der neueren Zeit sei man aber zu sehr in die Methode der Aus- und Einführungsgesetze hineingerathen.

Abg. von Seydel: Da es kaum möglich war, für diese Materie ein vollständig einheitliches Gesetz zu schaffen, so blieb kein anderer Weg übrig, als die neue Prozeßordnung in dieser Weise in die alten Gesetze hineinzuarbeiten.

Geh. Reg.-Rath Gläsel: Das Bedürfnis zur Vorlage des Entwurfs ist von keiner Seite bestritten worden. Man konnte denselben ja genügen, indem man die entsprechenden Bestimmungen der alten Gesetze aufnahm und dafür die neuen Bestimmungen formulirte. Allein es gelten jetzt schon so verschiedene Gesetze für das Auseinandersetzungsvorfahren: die alten Agrargesetze, die allgemeine Gerichtsordnung und mehrere der ergänzenden Gesetze, daß ein Herausnehmen einzelner Vorschriften der neuen Zivilprozeßordnung die Zahl der Gesetze nur vermehren und die Unübersichtlichkeit verschärfen würde. Es handelt sich darum, alle Ungleichheiten, die gegen das neue Zivilprozeßverfahren hervortreten, zu beseitigen unter Wahrung aller Grundzüge des Auseinandersetzungsvorfahrens. Das ist in der Vorlage geschehen.

Das Haus tritt dem Vorschlag des Abg. Schellwitz bei.

In der darauf folgenden ersten Beratung des Entwurfs eines Feld- und Forstpolizei-Gesetzes erklärt sich zunächst Abg. Reichenberger (Alpe) für eine kommissarische Beratung desselben. Der Einwand, der Entwurf sei schon in der vorigen Session kommissarisch berathen worden, ist nur ein scheinbarer, denn erstens ist das Haus jetzt wesentlich anders zusammengetragen als im vorigen Jahre, dann aber kommen doch auch wieder neue Gesichtspunkte in Betracht.

Auf einzelne Paragraphen eingehend, bemängelt Redner namentlich den § 24, wonach mit Geld oder Haft bestraft wird, wer unbefugt das auf den Grenzrainen, Wegen, Triftsen oder an oder in Gräben wachsende Gras oder sonstige Viehfutter abschneidet oder abrutscht, und wer von Bäumen, Sträuchern oder Hecken Laub abpflückt oder Zweige abbucht; Strafe sollte doch nur eintreten, wenn von einer wirklichen Vermögensbeschädigung die Rede ist, hier aber werde der Chiffane Thür und Thor geöffnet, und das dürfe die Volksvertretung nicht leiden.

Dasselbe gelte von dem Paragraphen, der vom Sammeln der Kräuter, Beeren und Pilze handle; auch dieser Paragraph habe eine gewisse Berechtigung, aber er sei vom Herrenhause reprobiert worden, von demselben Herrenhause, in dem die großen Grundbesitzer sitzen. In der hier vorgeschlagenen Weise geht es nicht. Es ist klar, daß das Prinzip der Einnahmeln dem Eigentümer zusteht; aber dieser denke nicht daran, denn die Kosten übersteigen den Wert des Objekts; andererseits aber sei dieses Einnahmeln ein Befehl und Nebenverdienst für kleine Leute und namentlich für Kinder, und es sei sehr wünschenswert, daß die gar nicht unerhebliche Summe, die z. B. aus dem Sammeln der Preiselbeeren sich ergebe, dem Nationalvermögen nicht verloren gehe. Der Gesetzgeber kann dem Eigentümer, falls dieser es wünscht, wohl gestatten, daß ihm ausschließlich das Recht zum Sammeln gewahrt werde; dann aber müsse er ihm auch die Pflicht auferlegen, dafür zu sorgen, daß das Sammeln wirklich besorgt werde und die Unterlaßung bestrafen. (Oho! rechts.) Der § 9 handelt von der Straftäglichkeit deßen, der sich von einem Grundstück auf Aufrufung des Berechtigten nicht entfernt; aber das deutsche Volk fordert es als sein Recht, sich in Gottes freier Natur unbelästigt ergehen zu dürfen. Derartige Bestimmungen widersprechen dem Rechtsbewußtsein der Nation. Noch schwerere Bedenken rufen die von Schadenersatz und Pfändung handelnden Paragraphen hervor, wonach nicht bloß die Feldpolizeibeamten, nicht bloß die Eigentümer, sondern selbst die Dienstboten und Tagelöhner in Übertretungsfällen zur Pfändung von ganzen

Den konservativen Blättern giebt die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus noch immer zu lebhaften Rekriminationen und Auseinandersetzungen Anlaß, von denen wir darum Notiz nehmen, weil sie von dem tiefgehenden Gegensatz zwischen den gemäßigteren und den extremen Richtungen der Konservativen Zeugnis ablegen. Die „Kreuz-Zeitung“ wirft den Freikonservativen vor, den Riß im konservativen Lager verschuldet zu haben, der erst wieder geheilt werden könne, wenn die Freikonservativen im Gegensatz zum Liberalismus konservative Politik zu treiben sich entschlossen. Die „Post“ dagegen verlangt von den Altconservativen, sie sollten einsehen, wie eine wirklich starke

Bestimmungen über das Auseinandersetzungsvorfahren auf diese tägliche drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Abfertige 20 Pf. die sechsgespaltene Petition oder deren Raum, Rollen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Am 1. November 1879. Die von dem Vorredner bemängelten Bestimmungen des Gesetzes sind schon lange in dem Theile der Monarchie Rechtes, wo die Feldpolizeiordnung vom 1. November 1847 und das Gesetz vom 13. April 1856 gilt. Die von ihm bemängelten Paragraphen über das unberechtigte Beerenammeln, welche ja schon in der früheren Berathung einen großen Raum eingenommen haben, befanden sich schon in dem Vorstudieblattgesetz, aus welchen sie vom Herrenhause nur in dem Glauben entfernt wurden, daß sie schon durch die Bestimmungen über den Holzdiebstahl getroffen würden. Diese Voraussetzung traf aber nicht zu. Im vorigen Jahre wurde diese Bestimmung vom Abgeordnetenhaus mit der Einschränkung wieder aufgenommen, daß nur derjenige strafbar sein soll, der ein solches Delikt „zurücker den polizeilichen Bestimmungen“ begeht. Diese Einschränkung ist in der jetzigen Vorlage weggelassen, weil es bedenklich ist, die Ausnutzung des Privateigentums von polizeilichen Bestimmungen abhängig zu machen. Die Stadt Görlitz hat z. B. das Recht des Beeren- und Pilzfammels in ihren Waldungen mit großem Kostenaufwand abgelöst und erzielt daraus eine bedeutende Einnahme. Dieses Recht kann man ihr aber doch nicht davon abhängig machen, ob es der Polizeibehörde beliebt, ein Verbot gegen das unberechtigte Sammeln zu erlassen.

Abg. Knebel theilt dringend den Wunsch des Ministers nach dem Zustandekommen der Vorlage. Gerade in dieser Materie sei die Gesetzgebung in manchen Landesteilen so verworren, daß nicht einmal der Jurist, geschweige denn das Publikum wisse, was erlaubt und was verboten sei.

Abg. Schmidt (Sagan) ist ebenfalls für Kommissions-Berathung und hält das Gesetz für ebenso nothwendig als nützlich. Einzelne Mängel würden natürlich immer vorkommen, doch scheinen ihm die Einwände Reichensperger's etwas zu weit zu gehen,

Abg. v. Hennebrand: Ich schließe mich dem Antrage, die Vorlage einer Kommission zu überweisen, wegen der eminenten Wichtigkeit des Gesetzes nicht nur für das Land, sondern auch für die Stadtbewohlung an. Das bisher sehr komplizierte Verfahren scheint mir noch komplizierter geworden zu sein. Stehen z. B. dem Beschädigten zur Geltendmachung seiner Ansprüche folgende Wege zu: der Antrag auf Schadensersatz im Civilprozeß, die Forderung von Entschädigung bei der Polizei, über deren Entscheidung bei Einspruch entweder die Verwaltungs- oder die ordentlichen Gerichte entscheiden; in gewissen Fällen aber darf der Beschädigte sich nicht an die Polizei, sondern nur an den Richter wenden; endlich kann er den Strafantrag stellen und wenn auf Strafe erkannt wird, den sogenannten Werthsersatz verlangen. Das ist eine neue Bestimmung und wieder etwas Anderes als Schadensersatz und Entschädigung.

Abg. Seelig: Wenn die Strafvorschriften des vorliegenden Entwurfs angenommen werden, so wird das wissenschaftliche Botaniken und der praktische Unterricht in der Botanik unmöglich, denn wenn der Lehrer auf seinen Excursionen mit den Schülern die Botanikrapfel in der Hand den Wald betrifft, so wird ihm diese sofort konfisziert; und das geschieht, wie die Motive zugeben, nur der Ordnung wegen, da es sich um die Erhaltung an sich wertloser Gegenstände handelt. Ich bitte die Kommission dem wissenschaftlichen Streben nach dieser Richtung den gebührenden Platz zu wahren.

Die Vorlage wird darauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Damit ist die heutige Tages-Ordnung erledigt. Nach der Sitzung findet die Wahl der Fachkommissionen, die Konstituierung derselben morgen Vormittags 11 Uhr statt. Auf der Tages-Ordnung der nächsten Sitzung (Freitag 11 Uhr) steht der Präsident die erste Beratung des Staatshaushaltsgesetzes und auf den Antrag Rickerts gleichzeitig die des Gesetz-Entwurfs betreffend die Verwendung der aus dem Ertrage von Reichsschulden zu überweisenden Geldsummen, da der natürliche und untrennbare Zusammenhang der beiden Vorlagen die Ausschließung der letzteren aus der allgemeinen Etats-Berathung ohnehin unmöglich machen würde. Abg. Graf Winsinger erode wünscht für die zweite Vorlage eine selbstständige, von der Etatsberathung getrennte Behandlung, wie sie dem Thema der Steuer-Reform entspricht, zieht aber seinen Einspruch zurück, da sich Miquel, v. Minnigerode und v. Schorlemmer auf der Aufführung Rickerts anschließen, also die Entscheidung der Mehrheit unzweifelhaft ist.

Am Montag nach der Essener Rede fand eine Ministerbesprechung statt, zu welcher Herr v. Puttkamer nicht eingeladen war und in welcher der jüngste Staatsminister das Protokoll brachte. So erzählte man sich in den Couloirs des Abgeordnetenhauses, daß Herr v. Puttkamer ein Demissionsgesuch eingereicht hatte, ist an und für sich nicht unmöglich. Die Demission, welcher Herr v. Puttkamer unterzogen wurde, ist übrigens ein nicht missverständlich Fingerzeig.

Der Vertrag zwischen Österreich und Deutschlaland bildet, so wird der „Post“ geschrieben, noch immer in der Presse den Gegenstand von Erörterungen und allerhand Notizen, obgleich das, was von ihm bekannt geworden ist, nichts Thatfächliches enthält und nur zum kleineren Theile der Wirklichkeit entspricht. Neuerdings ist behauptet worden, die Veröffentlichung des „Wiener Protokolls“ wäre beabsichtigt gewesen, jedoch unterblieben in Folge einer neuzeitlichen Annäherung Russlands an die beteiligten Mächte. Wie wenig diese Nachricht begründet ist, erhellte am Deutlichsten aus dem Umstande, daß in dem zu Wien getroffenen Abkommen ein Passus Aufnahme gefunden hat, der die Geheimhaltung des Vertrages beiden Kontrahenten zur Pflicht macht. Eine Veröffentlichung seines Textes ist daher jetzt noch später zu erwarten.

Die madrider Gastwirthe sind in Verzweiflung; es sollen anlässlich der Vermählung des Königs keine Festlichkeiten stattfinden. Diese ehrlichen Patrioten — heißt es in einem Bericht der „Times“ — hatten darauf gerechnet, abermals dem goldenen Kalbe opfern zu können. Ein Gesandter, welcher seinen Herrscher vertreten sollte, erkundigte sich in einem Gasthofe nach dem Preise für einen Salon und vier Schlafzimmer; man verlangte von ihm 2000 Realen für den Tag und 300 Realen für einen Wagen, mit der Verpflichtung, denselben für 20 Tage zu nehmen. Er wandte sich an einen anderen Wirth; dieser forderte für die gleichen Räume 3000 Realen und 1000 Realen für einen Wagen nebst der Verpflichtung, denselben für 15 Tage zu nehmen. Der Gesandte stand im Begriff, mit dem ersten Gastwirth abzuschließen, als die Nachricht anlangte, daß keine Festlichkeiten stattfinden werden. Nebenbei würden den übrigen Regierungen auch keine Einladungen zugehen. Man

Politische Uebersicht.

Posen, 5. November.

Für die nächste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses am Freitag wird die erste Etatsberathung, verbunden mit dem Gesetzentwurf über die Reichsüberschüsse, auf die Tagesordnung gesetzt. Heute findet die Konstituierung der Fachkommissionen statt.

Auch der Gesetzentwurf über die Aufbringung der Gemeindeabgaben ist jetzt dem Abgeordnetenhaus zugegangen und es liegt damit der größte Theil des gesetzgebenden Materials, welches in der Thronrede angekündigt war, dem Landtag vor. Die früher so oft gehörte Klage über verspätete Einbringung der Vorlagen kann diesmal wenigstens nicht erhoben werden.

Den konservativen Blättern giebt die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus noch immer zu lebhaften Rekriminationen und Auseinandersetzungen Anlaß, von denen wir darum Notiz nehmen, weil sie von dem tiefgehenden Gegensatz zwischen den gemäßigteren und den extremen Richtungen der Konservativen Zeugnis ablegen. Die „Kreuz-Zeitung“ wirft den Freikonservativen vor, den Riß im konservativen Lager verschuldet zu haben, der erst wieder geheilt werden könne, wenn die Freikonservativen im Gegensatz zum Liberalismus konservative Politik zu treiben sich entschlossen. Die „Post“ dagegen verlangt von den Altconservativen, sie sollten einsehen, wie eine wirklich starke

scheue sich vor abermaligen Einladungen, nachdem solche kurz hintereinander zur Hochzeit und zum Begräbnis der jungen Königin ergangen waren. Die Regierungen werden jedoch aus eigenem Antriebe Gesandte schicken.

Meldungen der „Polit. Korresp.“ aus Philippopol vom 3. d. M. besagen: Aleko Pascha hat die ostromische Provinzial-Versammlung mit einer Rede eröffnet, in welcher er auf das nunmehr hergestellte freundliche Verhältnis zwischen der christlichen und muhammedanischen Bevölkerung, sowie auf das unter der Bevölkerung herrschende Glück und den schlechten Budgetstand hinwies, sich aber: jeder Anspielung auf politische Angelegenheiten enthielt. Alterspräsident der Versammlung ist der katholische Bischof Renualdi; zum Präsidenten durfte Resakoff gewählt werden.

[Rechenschaftsbericht der Gruppe der Linke der Generalsynode.] Die „Magd. Ztg.“ ist in der Lage, nachfolgende Erklärung aus der Generalsynode mitzuteilen:

Die unterzeichneten Mitglieder der ersten ordentlichen Generalsynode halten sich nach Schluss derselben verpflichtet, nachstehende Erklärung abzugeben: Nachdem wir, gelegentlich einer Vorbesprechung am 8. Oktober d. J., die Unmöglichkeit erkannt hatten, uns der früheren Mittelpartei (jetzt evangelische Vereinigung genannt) anzuschließen, trugen wir Bedenken, uns, ungeachtet mancher Verschiedenheit in unseren kirchlichen und religiösen Anschauungen, zu einer besondern Gruppe zu konstituieren. Das gemeinsame Programm sahen wir in den beiden Sätzen zusammen:

1. Gleiche Berechtigung aller auf dem Boden der evangelischen Kirche stehenden Glaubensrichtungen.

2. Festhalten an der gegebenen Kirchenversammlung und Fortentwicklung derselben in dem Sinne des Gemeindeprinzips.

Unseren Grundästen getreu, haben wir uns sowohl den Vorlagen des Kirchenregiments, als auch den aus der Mitte der Generalsynode gestellten Anträgen gegenüber keineswegs grundsätzlich ablehnend verhalten. Nach vorurtheilsfreier Prüfung und Vorberathung haben wir vielmehr zur Förderung aller Vorlagen, so weit sie uns nicht im Interesse der evangelischen Kirche verwerlich oder mit den von uns angenommenen Grundsäzen unvereinbar erschienen, redlich mitgewirkt. Nicht selten fiel uns hierbei die Aufgabe zu, die Intentionen des Kirchenregiments gegen die Angriffe einer geschlossenen Mehrheit zu unterstützen. Konnten wir somit — um nur das Wesentliche zu berühren — mit voller Überzeugung für das Gesetz, „betreffend das Ruhegehalt der emeritierten Geistlichen“, das Gesetz, „betreffend die Umlagen für provinzielle und landeskirchliche Zwecke“ und die bezüglich der Stolgebühren-Frage gestellten Anträge stimmen, so sahen wir anderseits uns genötigt, die T r a u o r d n u n g , sowie den Gesetzentwurf über die Kirchenzucht zu verwerten. Bestimmend war für uns, daß die von der Generalsynode angenommene Trauordnung den Alt der staatlichen Geschäftsführung nicht in vollberechtigter Geltung erhält und intolerante Verlagerung der Trauung möglich macht. Bezüglich des letzteren Gesetzes waren uns die endgültig beschlossenen Bestimmungen über die Verweigerung des Abendmaals völlig unannehmbar. Auch dem Pfarrwahlgesetz, wie aus den Berathungen der Generalsynode hervorgegangen, müßten wir, da daselbst wesentliche Rechte der Gemeinden opfert, unsere Zustimmung verweisen. Aus denselben Gründen, und weil wir im Einverständnis mit dem Kirchenregiment jedes Rütteln an der Kirchengemeinde-Verfassung für äußerst bedenklich halten, sind wir der auf Antrag der pommerschen Provinialsynode beschlossenen Abänderung des § 14 der Kirchengemeinde-Verfassung vom 10. September 1873 entgegentreten. Dass wir die verschiednen aus der Mitte der Generalsynode gemachten Versuche, die Grundprinzipien evangelisch-kirchlichen Lebens im Sinne einheitlicher Parteirichtung in Frage zu stellen, bei Berathung und Abstimmung bekämpften, ergiebt sich nach dem von uns eingenommenen Standpunkte von selbst. In der Schulfrage war es uns leider nicht vergönnt, zum Wort zu kommen. Es wäre sonst aus unserer Mitte der Nachweis ver sucht worden, daß einerseits die Frage über den Werth und die Berechtigung der Simultanschulen weder durch die Mittheilungen des Kirchenregiments, noch durch die Verhandlungen in der Synode allseitig aufgelöst erscheint, und daß andererseits die Erfahrung, besonders größerer Kommunen, für die Simultanschulen als einer nothwendigen und auch segensreichen Schulorganisation spricht. Reichte nach der Gesetzesordnung unsere geringe Zahl zur Stellung selbständiger Anträge nicht hin und konnten wir jnoch bei den Verhandlungen der Generalsynode nur ausnahmsweise zur Entscheidung beitragen, so hogen wir doch die Hoffnung, daß unser lediglich durch innerste Überzeugung geleitetes Verhalten für die gediehliche Entwicklung unserer evangelischen Landeskirche nicht völlig unstrichbar gewesen sei.

Berlin, den 3. November 1879.
C. Biedenweg, Rittergutsbesitzer in Dörschen. Dr. Cosack, Stadtschulrat in Danzig. Geßel, Pfarrer in Thorn. Dr. Güterbock, Professor der Rechte in Königsberg i. Pr. Heermann, Pfarrer in Marienburg. Schrage, Pfarrer in Osterholzen. Sendl, Rittergutsbesitzer in Chelchen. Dr. Voigt, Pfarrer a. D. und Rittergutsbesitzer in Dombröwen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 4. November. [Die Motivierung der Eisenbahn-Vorlage.] In den dem Landtag vorgelegten Verträgen wegen Ankaufs verschiedener Privateisenbahnen für den Staat befindet sich übereinstimmend die Klausel, daß die Gesellschaften an die Verträge nur gebunden seien, sofern bis zum 1. Januar 1880 die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags erfolgt ist. Schon auf den ersten Blick mußte diese Bestimmung ein gewisses Befremden erregen, wenn man erwog, wie kurz die bis zu den Weihnachtsferien zur Verfügung stehende Zeit nur ist. Dies Befremden muß sich aber steigern nach dem Durchstudiren der äußerst umfangreichen Motivierung des betreffenden Gesetzentwurfs. Es ist schwer abzusehen, wie beide Häuser des Landtags nach einander oder wie auch nur das Abgeordnetenhaus in 6—7 Wochen zuerst in der Kommission und dann im Plenum dieses außerordentlich umfangreiche Material, z. B. an Zahlen, welche zur Begründung der stipulirten Kaufpreise beigebracht werden, bewältigen sollen. Kommt doch auch noch hinzu, daß durch Genehmigung oder Nichtgenehmigung der vorgelegten Verträge unzweifelhaft gleichzeitig die definitive Entscheidung über die Annahme des reinen Staatsbahnsystems erfolgen muß, also auch in dieser prinzipiellen Beziehung schwerwiegende Entschlüsse zu fassen sind. Eine der Erwähnung werthe Begründung jener Klausel findet sich nicht vor. Im Übrigen muß den Motiven aber nachgerühmt werden, daß sie eine außerordentlich gehaltvolle und tüchtige Arbeit sind; sie begnügen sich keineswegs, wie hie und da wohl angedeutet worden ist, mit der Zusammenstellung der bekannten Argumente für das Staatsbahnsystem, sondern es wird ein überaus reichhaltiges, zum Theil neues Material

beigebracht, wobei die durchweg stark hervortretende Überzeugung des Verfassers der Motive, daß allein in den reinen Staatsbahnsystemen Heil sei, mit Beweisen auf Grund, wie Niemand wird leugnen können, ungewöhnlich reicher Kenntnis des Eisenbahnbewegens belegt wird. Während der Rede, welche der Minister Maybach in der vorigen Session des Abgeordnetenhauses zur Entwicklung seines Programms hielt, hatte man den Eindruck, einen ausgezeichneten Fachmann zu hören, welcher den Gegenstand, sowohl was die prinzipiellen Gesichtspunkte, als was alle Einzelheiten des Eisenbahnbetriebs, betrifft, mit vollständiger Sicherheit beherrscht. Auch Gegner der Verstaatlichung werden sich bei der Lektüre der vorliegenden Motive eines ähnlichen Eindrückes nicht erwehren können. Das Schriftstück und seine umfangreichen Anlagen sind bisher in der Presse noch keineswegs in einem genügenden Auszug wiedergegeben worden, was sich allerdings durch die außerordentliche Schwierigkeit dieser Aufgabe erklärt: Wegen der Mannigfaltigkeit der in der Maybach'schen Arbeit behandelten Gesichtspunkte lassen sich dieselben schwer zusammengebracht wiedergeben. Auch für uns konnte es sich hier nur darum handeln, eine Charakteristik dieser Arbeit zu liefern. Das Hauptargument, um welches sich alle weiteren Ausführungen gruppieren und worauf sie immer wieder zurückkommen, ist: befriedigende Zustände im Eisenbahnbewegen würden sich unter Beibehaltung von Privateisenbahnen nur dann herstellen lassen, wenn man in das Eigenthum der letzteren beständig so tief eingriffe, wie es sich nach den bestehenden Grundsäzen über die Achtung vor dem Privatbesitz nicht würde rechtfertigen lassen. Konsequenter Weise wird auch betont, daß für die Privatbahnen selbst die Verstaatlichung bei Weitem vorzuziehen sei. Mit Rücksicht auf die eben berührten Hauptgesichtspunkte müssen sich die Motive natürlich auch gegen das System der Staatsverwaltung von Privatbahnen erklären. Es geschieht dies so ausdrücklich, daß nicht daran gezweifelt werden kann, wie auch die Verstaatlichung der Bergisch-Märkischen, der Oberschlesischen und anderer gegenwärtig in Staatsverwaltung stehender Privatbahnen mit der Zeit erfolgen soll. Die wiederholt Namens der Regierung aufgestellte Behauptung, daß die Verstaatlichung zu erheblichen Ersparnissen führen würde, ist von gegnerischer Seite befamlich in Zweifel gezogen worden. Dem wird entgegengesetzt, indem beispielweise einzelne dieser Ersparnisse in den Motiven berechnet werden. So wird u. A. ausgeführt, man könne durch die Unterlassung von Bauten, welche bereits genehmigt, aber nur durch ein Konkurrenzinteresse der betreffenden Privatbahnen erforderlich sind, 4,600,000 M. ersparen, ferner aus ähnlichen Gründen durch anderweitige Verwendung künftig überflüssiger baulicher Anlagen und Lokomotiven 3,100,000 M.; außerdem jährlich durch theilweises Vermeiden des Leerfahrens von Waggons, das gegenwärtig in weitem Umfange durch die Bündigkeit des Eigentumsverhältnisses im Bahnhofen bedingt werde, 1,300,000 M.; durch den Fall von Einrichtungen, welche aus demselben Grunde auf solchen Stationen nothwendig sind, auf denen verschiedene Eisenbahnen aneinandergrenzen, 1,000,000 M.; durch die Entbehrlichkeit einer besonderen Direktion der Berlin-Stettiner Eisenbahn 200,000 M. u. s. w. Natürlich werden diese, wie alle anderen Zahlen der Motivierung einer Prüfung in der im Abgeordnetenhaus zur Vorberathung der Vorlagen zu wählenden Kommission unterliegen müssen. Dass dazu die Zeit außerordentlich knapp zugemessen ist, wurde bereits oben berührt.

— [Aus dem Abgeordnetenhaus.] Die Wahl von drei Mitgliedern für die „statistische Zentral-Kommision“ veranlaßte zu Beginn der gestrigen Sitzung eine ebenso bezeichnende als erheiternde Episode. Als Mitglieder für die gedachte Kommission hatten seither die Abgeordneten Birchow, Miquel und Gneist fungirt, und der Abg. Windthorst (Meppen) stellte nun, um das langweilige Geschäft der Zettelabgabe unnötig zu machen, den Antrag, die drei Herren per Afflamation wiederzuwählen. Niemand hielt für möglich, daß dieser Vorschlag irgendwo auf Widerstand stoßen könnte, als plötzlich von der Rechten her der Ruf laut wurde: „Ich erhebe Widerspruch.“ Der, von dem dieser Ruf ausging, war der Oberstaatsanwalt v. Luck, der ohne Zweifel Anstoß daran nahm, daß die drei Kandidaten sämmtlich der liberalen Minorität angehörten. Schon sollte des leidige Scrutinium seinen Anfang nehmen, als es gelang, den widersprechenden Herrn Oberstaatsanwalt von der absoluten Harmlosigkeit der Thätigkeit eines Mitgliedes für die „statistische Zentralkommision“ zu überzeugen. Er zog seinen Widerspruch zurück, und die Abg. Birchow, Miquel und Gneist wurden gewählt.

Die Trauerfeierlichkeit für den verstorbene General der Kavallerie von Podbielski.

Berlin, 4. November.

Die hervorragende Stellung, welche von Podbielski in den drei letzten Kriegen als Generalquartiermeister der Armee einnahm, hat seinen Namen weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus bekannt gemacht und die fruchtbringende Thätigkeit, welche der Verstorbene als Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements und als Generalinspekteur der Artillerie in Bezug auf die Organisation der deutschen Armee und Neugestaltung der Artillerie entfaltete, hat seinen Namen eng mit der Geschichte der Armee verknüpft. So waren heute auch an dem Sarge des Heimgegangenen die weitesten Kreise vertreten, um dem hochverdienten General die letzten Ehren zu bezeigen. Neben Sr. Majestät waren die hier anwesenden Mitglieder der königlichen Familie, Repräsentanten der Armee, des Staatsministeriums, der Zivilverwaltung, fremdländische Militär-Attache's u. er sicherten und das Trauerhaus vermochte kaum die große Verjammung der Leidtragenden zu fassen.

Die Leiche war in einem Gemach zu ebener Erde aufgebahrt worden. Die Trauerhalle, der Sarg und der Leichenwagen waren von dem Stabe der Generalinspektion der Artillerie im Auftrage des gesammten Offizierskorps der Artillerie auf's reichste und sinnigste ausgeschmückt worden. Hinter dem auf einer schwarzbekleideten Estrade stehenden Sarge erhob sich ein dichter grüner Wald von Vorbeerbäumen, Palmen und Coniferen, welcher das Gemach nach der einen Seite vollständig abschloß. Der Sarg war vollständig von den schönsten Kränzen und Palmen bedeckt. Zu Füßen ruhte ein mächtiges Kissen aus Veilchen, auf deren Grunde sich ein weißes Bouquet der schönen Rosen abhob. Die Offiziere des 5. Niederschlesischen Artillerieregiments hielten ihrem „unvergleichlichen Chef“ einen prachtvollen Lorbeerkrans

gewidmet, desgleichen war der Sarg mit einem solchen geziert, welchen die merseburger Husaren gespendet hatten. Auch von den höchsten Herrschäften, den zahlreichen befreundeten Familien, der sächsischen Artillerie waren Palmen und Kränze in Mengen eingegangen. Der Saal war nur durch den Kronenleuchter und einige Armleuchter erleucht. Zu Füßen des Sarges standen drei Tabourets, auf welchen die Orden auf purpurnem Sammettissus niedergelegt waren. Auf dem Kissen in der Mitte waren die preußischen Orden, unter diesen das Großkreuz des rothen Adlerordens, der Stern der Großkomtur des hohenzollerschen Hausordens und die übrigen Kriegsorden und Medaillen befestigt. Auf den beiden anderen Kissen prangten die Namen der zahlreichen ausländischen Orden. Zur Linken des Sarges waren die Plätze für die Mitglieder der trauernden Familie und die Verwandten reservirt, zur Rechten standen die Offiziere des Stabes und die Deputationen der beiden Regimenter, in der Mitte waren die Sessel für Se. Majestät den Kaiser und die Mitglieder der königlichen Familie, die Ritter des Schwarzen Adler-Ordens und die hohe Generalität aufgestellt.

Kurz nach 9 Uhr nahmen die Truppen der Leichenparade, welche von dem Generalmajor v. Zeditz-Leipe kommandiert wurde, ihre Aufstellung derart, daß der rechte Flügel der 1. Eskadron des Garde-Kürassier-Regiments mit dem Musikkorps an das Telegraphenamt am Potsdamer Platz sich anlehnte. Es folgte dann die 1. Eskadron des 1. Garde-Dragoner- und die 1. Eskadron des 2. Garde-Ulanen-Regts. Daran schlossen sich der Leipziger Straße das 1. Bataillon des 2. Garde-Regiments zu Fuß und das 1. Bataillon des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments. Die 9 Geschütze des Garde-Feld-Artillerie-Regiments, welche von dem Major von Podbielski befehligt wurden, standen mit dem Musikkorps an der Spitze an dem Leipziger Platz. Von allen Artillerie-Regimentern der Armee waren Deputationen entstanden, um dem Leichenbegängnis beizuwöhnen. Ebenso waren fast sämtliche Inspekteure und Brigade-Kommandeure mit ihren Stäben hier eingetroffen. Auch die sächsische, bairische, württembergische und großherzogliche hessische Artillerie waren vertreten, und von dem diplomatischen Corps war der General Sachsen erschienen. Die Regimenter der heiligen Garnison, sowie die von Spandau und Potsdam waren durch Deputationen vertreten. Die Offiziere der Artillerie- und Ingenieurschule waren vollständig erschienen. Das Trauerhaus konnte somit nur einen sehr geringen Theil der Leidtragenden fassen, und in das Trauergemach selbst konnten nur die höchsten Chargen eintreten. Von den Mitgliedern der königlichen Familie trafen nach einander ein Prinz Friedrich Karl, Prinz Wilhelm, Prinz Karl und Prinz August von Württemberg. Gleich nach 10 Uhr fuhr Se. Majestät der Kaiser im geschlossenen Wagen vor und wurde im Portal von dem Sohne des Verstorbenen, Major v. Podbielski, sowie von den beiden Schwiegersöhnen, Generalleutnant von Wartensleben und Oberstleutnant von Balluseck empfangen und in das Trauergemach geleitet. Die Trauerfeier wurde mit dem von dem Musikkorps des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments gespielten Choral: „Ach bleib mit deiner Gnade!“ eröffnet. Der Garnisonprediger Trommel hielt hierauf die Leichenrede über den ihm von der Familie gegebenen Text: „Ich habe Dich je und je geliebt.“ In fernigen, von Personen kommenden und zu Herzen gehenden Worten schilderte der Redner das Wirken des Heimgegangenen. In großen Zügen entwickelte er noch einmal das vielseitige Leben, die großen Verdienste und die Tugenden als Mensch, der den Seinen als schönstes Vermächtnis hinterlassen hätte, die Treue zum Königshause. Mit dem Choral „Deus meine Zuvericht!“ schloß die Feier, welche auf Se. Majestät den tiefsten Eindruck gemacht hatte. Se. Majestät konnte seine Rührung nicht verborgen, daß wieder einer jener Männer von ihm dahingegangen ist, mit welchem ihn die Stolze, aber auch vielfach traurigen Rückinnerungen verbinden. Der Kaiser trat nach Beendigung der Feierlichkeit an die Witwe heran, um ihr und den Töchtern sein innigstes Beileid auszusprechen.

Die Mitglieder der königlichen Familie verließen hierauf das Trauerhaus. Der Sarg wurde von 16 Unteroffizieren der Garde-Artillerie, welche am Helm den Trauerflor trugen, auf den mit vier Pferden bespannten Leichenwagen gehoben. Der Wagen selbst war von den Offizieren der Artillerie auf's Sinnigste geschmückt worden. An den vier Eck- und beiden Mittelpfeilern waren große Palmenzweige, welche aus prachtvollen Blumenbouquets hervorragten, angebracht. Die Palmenzweige stießen mit ihren Spitzen zusammen, während von dem Oberbau herab Kränze und Guirlanden aus Epheu, Immerngrün und Lorbeer fielen. Auf dem Sarge lagen die sämtlichen Gaben, welche die Liebe gespendet hatte. Das Ganze machte einen außerordentlich feierlichen Eindruck und legte Zeugnis von der großen Liebe ab, welche dem Heimgegangenen allgemein entgegebracht wurde. Sobald alle Vorbereitungen beendet waren, setzte sich die Trauerparade in Bewegung. Dumpf tönten die mit Flor behangenen Trommeln und unter den Klängen von Chorälen und Trauermärchen zogen die Kavallerie, Infanterie und Artillerie mit ihren schwarz umferten Fahnen und Standarden vorüber. Den Truppen folgte der Leichenwagen, welchem fünf Offiziere des Stabs und ein Major des Niederschlesischen Artillerie-Regiments vorantritten, die abwechselnd die drei Ordensflügel trugen, 16 Unteroffiziere gingen zur Spitze, dem Wagen wurde das Leibpferd des Verstorbenen nachgeführt. Dann folgten der Sohn und die nächsten Verwandten, denen sich die gesamte Generalität, die zahlreichen Deputationen und die Offiziere der Garnison zu vielen Hunderten anschlossen. Einige Kompanien des Garde-Fuß- u. Kaiser-Franz-Regiments bildeten eine chaîne ambulante. An die Leidtragenden schlossen sich zunächst die beiden Wagen der Familie, dann die beiden schätzpännigen Galawagen des Kaisers und der Kaiserin, sowie die Galawagen der Prinzen Karl und Georg. Zahlreiche Privatequipagen schlossen den Zug, welcher durch die Bellevuestraße und die Siegesallee entlang seinen Weg nach dem Hamburger Bahnhofe nahm. Hier schwenkten die einzelnen Truppenteile ein und unter dem Präsentiren der Gewebe wurde der Sarg von dem Wagen gehoben und in den Bahnhof getragen. — Die Beiseitung der Leiche auf dem Gute Dalmin bei Perleberg erfolgt morgen Vormittag. Derselben werden ebenfalls zahlreiche Generale und Deputationen der Artillerie bewohnen. Ebenso wird ein Musikkorps der Garde-Artillerie dorthin geführt werden.

Die ganze Trauerfeier legte Zeugnis von dem Mitgefühl ab, welches das plötzliche Hinscheiden des verdienstvollen Generals in der ganzen Armee herborgerufen hat. Ganz besonders lebhaft empfindet die Artillerie den schweren Verlust, der sie betroffen. Der Verstorbene hat ganz außerordentlich viel für diese Waffe gethan, und sie wird daher ihrem heimgegangenen General-Inspekteur v. Podbielski auch stets ein dankbares Andenken bewahren.

Locales und Provinzielles.

Posen, 5. November.

× [Die Gründung des polnischen Wahlvereins] für die Stadt Posen, welche am Sonnabend in aller Stille auf Anregung des Redakteurs des „Dredownit“ vor sich gegangen ist, hat die übrigen polnischen Blätter auf's Höchste überrascht. Die Einladung zu der betr. Versammlung war insgeheim durch Birkulare ausgegangen und die Liste der gewählten Vorstandsmitglieder zeigt, daß der Verein einen demokratisch-ultramontanen Charakter hat. Der dem „Dredownit“ am nächsten stehende „Kuryer Poznański“ (welcher indeß bekanntlich die konservativ-ultramontane Richtung vertritt) äußert sich über den neuen Wahlverein und seine Zwecke, die vornehmlich auch die Sammlung eines Wahlfonds im Auge haben, zwar ziemlich

anerkennend, findet jedoch, daß wenn der Wahlverein ins Leben tritt, er damit die gesammte Wahlorganisation an sich reissen und mit den hier bestehenden zwei polnischen Wahlkomite's (eins für die kommunalen, eins für die politischen Wahlen) konkurrieren müchte. Der "Kurjer" schlägt daher die Vereinigung des neuen Wahlvereins mit den Komite's vor. — Sehr entschieden erklärt sich der liberal-nationale "Dziennit" gegen die neue Gründung, die er als eine Auflehnung gegen das polnische Provinzialwahl-Reglement verdammt. Der "Dziennit" fordert sogar die gewählten Vorstandsmitglieder namentlich auf, die Wahl niedergezulegen. In geradezu tabiativer Weise fällt schließlich das Konkurrenzblättchen des "Dredownik", der im Tone des bairischen "Vaterlands" gehaltene "Goniec Wielkopolski" über die Gründung seines Rivalen her. Dieselbe ist ihm geradezu ein "Verbrechen"; deshalb überflutet auch der polnische Sigl seinen ultramontanen Nebenbuhler mit einer Elegie von klassischen Grobheiten und Schimpfworten, die selbst den Herausgeber des bairischen "Vaterlands" neidisch machen müßten, falls er polnisch zu lesen im Stande wäre.

r [Der Vorstand des Frauenvereins der Gustav-Adolf-Stiftung] veranstaltet am Donnerstag im Saale der Valentin-Glaubitz'schen höheren Töchterschule eine Versammlung, in welcher der Schriftführer des Vereins, Pastor Schlecht, einen Vortrag über die Arbeit der Frauen auf dem Gebiete des Gustav-Adolf-Vereins halten wird. Zu dem Vortrage haben auch Nicht-Mitglieder Zutritt.

r [Die Angelegenheit der Pferdebahnen], welche bekanntlich in unserer Stadt errichtet werden soll, steht nunmehr auf der Tagesordnung der Stadtverordneten-Sitzung am 6. d. M. Die Polizeidirektion hat sich im Prinzip mit dem Unternehmen einverstanden erklärt, und den Magistrat ersucht, an einer gemeinsamen Konferenz Theil zu nehmen, zu welcher auch die übrigen in der Sache beteiligten Behörden eingeladen, und die Bedingungen festgestellt werden sollen, unter denen die Konzession zu ertheilen sei. Bekanntlich soll nach dem Projekte zunächst die Hauplinie, welche von der Wallstraße ausgeht, durch die Gr. Gerber-, Wasserstraße, über den Alten Markt, durch die Neuestraße, über den Wilhelmsplatz, durch die Große Ritter-, die St. Martinsstraße, das Berliner Thor nach dem Zentralbahnhof, und später eine Abzweigungsstrecke von der Wallstraße durch die Gr. — und Kl. Gerberstraße, über den Bronker-, Sapieha-, Kanonenplatz, durch die Wilhelms-, Friedrichs-, Mühlen- nach der St. Martinsstraße ausgeführt werden.

Negierungs-Assessor Zwicker ist mit der Vertretung des lgl. Landrats v. Dziembowski zu Meseritz, welcher seinen Sitzen im Abgeordnetenhaus bereits eingenommen hat, Seitens der königl. Regierung beauftragt.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 4. November. Der König hat den bisherigen Präsidenten der ersten Kammer, Kammerherrn von Lehmann, wieder zum Präsidenten ernannt. — Die zweite Kammer konstituierte ihre Abtheilungen und wählte auf Antrag der National-liberalen das bisherige Präsidium, bestehend aus dem Präsidenten Haberkorn (lgl.) und den Vizepräsidenten Streit (Fortschr.) und Pfeiffer (nat.-lib.) einstimmig durch Aklamation wieder. — Die sozialistischen Abgeordneten waren in der Sitzung anwesend.

Paris, 4. November. Der Präfekturkatholik des Seine-Departements hat die Wahl des jüngst mit amnestierten Humbert zum Municipalrat von Paris für nichtig erklärt.

Madrid, 3. Novbr. Die Cortes sind heute eröffnet worden. Der Konfidenzpräsident machte Mittheilung von der Vermählung des Königs, welche auf den 1. f. Mts. festgelegt ist. Bercerra brachte bei der Deputirtenkammer einen Antrag ein, in welchem der hohen Befriedigung der Kammer über die Mildthätigkeit anderer Nationen den durch die Überschwemmung Beschädigten gegenüber Ausdruck gegeben wird.

Newyork, 4. Novbr. Der Dampfer "Spain" von der National-Dampfschiffs-Kompagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Berlin, 4. Novbr. S. M. Kanonenboot "Nautilus", 4 Geschütze, Kommandant Kapt.-Ltn. Chüden, ist am 4. November cr. in Sidon eingetroffen. Dortselbst lag zu gleicher Zeit S. M. Kanonenboot "Altros", 4 Geschütze, Kommandant Koro. = Kapt. Mensing I.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Bremen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anmerke übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 2. Klasse 161. kgl. preuß. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthen beigelegt.)
(Ohne Gewähr.)

Berlin, 4. November. Bei der heute angefangenen Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:
22 61 107 41 74 99 208 414 19 30 84 518 27 33 (120) 40
81 679 723 50 93 823 932. 1077 114 19 (150) 44 332 418
19 40 74 526 78 634 95 758 828 47 49 90 959 61 63. 2043
(120) 73 109 229 31 90 359 (120) 65 445 49 (150) 520 712
94 830 59 915 22 40. 3000 25 46 104 (120) 47 72 275 77
355 479 506 8 57 600 87 725 806 10 25 (120) 87 912 92.
4070 170 84 338 45 47 472 75 87 98 564 823 63 79 81 976.
5108 67 213 14 41 66 349 55 91 516 90 606 56 749 922.
6265 66 76 335 427 52 97 521 56 665 739 (120) 864 72 80
(150) 902 34 74. 7062 68 88 91 132 37 229 53 81 424 36 45
56 80 509 30 64 72 91 667 775 869 84 95 938 57 66 73. 8058
2 (6000) 197 205 310 414 45 570 606 (180) 36 (150) 45 53
54 71 703 8 13 855 80 (120). 9022 84 110 61 201 47 301 6 10
31 42 86 482 540 83 673 75 87 738 42 95 803 (120) 34
916 74.

10035 49 65 81 85 124 81 247 92 94 309 28 34 49 410 27
32 61 75 523 91 609 17 21 49 707 (120) 819 38 74 87. 11039
98 129 60 320 403 39 45 60 80 523 (120) 34 43 630 31 48 74
96 742 47 52 75 79 83 86 854 908 44 77 (120). 12014 (120) 28
33 79 111 21 48 207 62 350 55 401 46 506 (120) 50 65 637
81 818 30 40 77. 13054 223 46 336 62 432 500 16 45 62 69
631 51 72 759 819 907 93. 14006 21 42 (120) 65 95 117 246
51 72 466 81 515 27 60 617 25 26 67 73 706 18 25 93 800 71
(150) 84 (150) 943 44 53. 15046 47 59 107 284 90 553 83

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 4. November. (Schluß-Course.) Schwach. Lond. Wechsel 20,34. Pariser do. 80,60. Wiener do. 173,10. R. M. St.-A. 142. Rheinische do. 146. Hess. Ludwigsh. 80,4. R. M. - Pr. Anth. 132. Reichsanl. 96. Reichsbank 153. Darmst. 138. Meiningen B. 82. Delt.-ung. Bl. 724,50. Kreditattien*) 231. Silberrente 61. Papierrente 58. Goldrente 69. Ung. Goldrente 81. 1860er Loose 123. 1864er Loose —. Ung. Staatsl. 186,00. do. Ostb.-Obl. II. 73. Böhm. Westbahn 167. Elisabethb. 151. Nordwestb. 120. Galizier 206. Franzosen*) 228. Lombarden* 70. Italiener —. 1877er Russen 88. II. Orientali. 59. Zentr.-Pacific 108.

*) per medio resp. per ultimo.
Nach Schluß der Börse: Kreditattien 231. Franzosen 228. II. Orientanleihe —. Galizier —. Ungar. Goldrente 81.

Frankfurt a. M., 4. November. Effeten-Societät. Kreditattien 233. Franzosen 229. Lombarden 70. 1860er Loose 124. Österreich. Galizier 208. Silberrente —. Österreich. Papierrente —. Ungar. Goldrente 81. II. Orientanleihe 59. III. Orientanleihe —. Delt.

Wien, 4. November. (Schluß-Course.) Wenig fest, schließlich auf günstiger Peiter Berichte bestigt.

Papierrente 68,20. Silberrente 70,50. Österreich. Goldrente 80,15. Ungarische Goldrente 94,30. 1854r Loose 120,70. 1860er Loose 128,25. 1864r Loose 158,50. Kreditloose 168,50. Ungar. Prämien. 104,00. Kreditattien 268,80. Franzosen 264,00. Lombarden 81,00. Galizier 241,50. Raich.-Ober. 116,20. Pardubitzer 100. Nordwestbahn 139,20. Elisabethbahn 174,70. Nordbahn 227,09. Österreich. ungar. Bank 835,00. Türk. Loose 19,00. Unionbank 93,10. Anglo-Austr. 133,60. Wiener Bankverein 134,90. Ungar. Kredit 254,00. Deutsche Plätze 56,95. Londoner Wechsel 116,65. Pariser do. 46,15. Amsterdamer do. 96,20. Napoleon 9,30. Dufaten 5,58. Silber 100,10. Marknoten 57,60. Russische Banknoten 1,23.

Wien, 4. November. Abendbörs. Kreditattien 269,25. Franzosen 265,25. Galizier 241,50. Anglo-Austr. 133,75. Lombarden 81,25. Papierrente 68,30. Österreich. Goldrente 80,50. ungar. Goldrente 94,80. Marknoten 57,60. Napoleon 9,31. österr.-ungar. Bank —. Sehr fest.

Paris, 3. November. Boulevard-Berkehr. 3 proz. Rente —. Anleihe von 1872 115,07. Italiener 78,50. Türken 11,35. Türkenloose —. Österreich. Goldrente 69,30. ungar. Goldrente 83. III. Orientanleihe 61. Egypter 239,00. Matt.

Paris, 4. November. (Schluß-Course.) Die Liquidation für Spekulationspapiere ist gut verlaufen, mittlere Reports für Italiener 0,16. 1877er Russen 0,17. ungar. Goldrente 0,17. Banque escompte 1,42 Frs. Deport. Banque hypothecaire 3 Frs. Deport. 3 proz. amortisib. Rente 82,80. 3 proz. Rente 81,15. Anleihe de 1872 115,35. Italien. 5 proz. Rente 79,00. Österreich. Goldrente 69. Ung. Goldrente 83. Russen de 1877 91. Franzosen 575,00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 172,50. Lombardische Prioritäten 255,00. Türken de 1863 11,30.

Credit mobilier 640. Spanier exter. 15,1. do. inter. 14,5. Suez-fanal-Aktien 692. Banque ottomane 512. Societe generale 510. Credit foncier 1015. Egypter 241. Banque de Paris 825. Banque d'escompte 900. Banque hypothecaire 625. III. Orientanleihe 61. Türkenloose —. Londoner Wechsel 25,24.

Florenz, 4. Novbr. 5 p.C. Italienische Rente 89,85. Gold 22,86.

London, 4. November. Consols 97,13. Italien. 5proz. Rente 78,1. Lombarden 7. 3proz. Lombarden alte 10,1. 3proz. do. neue 10. 5proz. Russen de 1871 86. 5proz. Russen de 1872 85,4. 5proz. Russen de 1873 88,5. 5proz. Türken de 1865 11,1. 5proz. fundierte Amerikaner 105,2. Österreich. Silberrente 61,1. do. Papierrente 58 erkl. Ungar. Goldrente 82. Österreich. Goldrente 68,1. Spanier 15,1. Egypter 45,1.

Platzdistinkt 2 p.C. Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,58. Wien 11,85. Paris 25,45. Petersburg 24,8.

Petersburg, 4. November. Wechsel auf London 25,1. II. Orient-Anleihe 90,1. III. Orientanleihe —.

Newyork, 3. Novbr. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80 C. Wechsel auf Paris 5,23. 5p.C. fundierte Anleihe 102,1. 4p.C. fundierte Anleihe von 1877 101,1. Erie-Bahn 40,1. Central-Pacific 110,1. Newyork Centralbahn 129.

Produkten-Course.

Köln, 4. November. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00. fremder loco 23,50. pr. November 22,85. pr. März 23,90. pr. Mai 23,70. Roggen loco 17,50. pr. November 16,15. pr. März 16,95. pr. Mai 16,80. Hafer loco 14,00. Rüböl loco 29,80. pr. Mai 30,40.

Bremen, 4. Novbr. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white lofo 7,85. pr. Dezember 8,00. pr. Januar 8,15. per Febr. März 8,15.

Brest, 4. November. (Produktenmarkt.) Weizen loco und Termine fest. per Frühjahr 15,35 Gd. 15,40 Br. Hafer per Frühjahr 7,65 Gd. 7,70 Br. Mais per Mai-Juni 8,80 Gd. 8,85 Br. — Wetter: Windig.

Antwerpen, 4. Novbr. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinerie, Type weiß. loco 19,1 bez. 20 Br. pr. Dezember 20,1 bez. und Br. pr. Januar 20,1 bez. u. Br. per Januar-März 20,1 Br. Steigend.

Marktpreise in Breslau am 4. November 1879.

Bestsetzungen der städtischen Markt- Deputation.	schwere		mittlere		leichte Waare	
	Höch- ster	Rie- digst	Höch- ster	Rie- digst	Höch- ster	Rie- digst
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Weizen, weißer	22	21	60	20	90	19,90
Weizen, gelber	21	20	21	20	40	18,60
Roggen,	pro	—	—	—	—	—
Gerste, neue	100	17	60	17	30	17
Hafer, alter	16	60	15	90	15	30
Hafer, neuer	13	80	13	60	13	20
Erbien	18	60	17	90	16	80
Pro 100 Kilogramm	fein	mittel	ordinäre			
Raps	22	21	75	21	50	19
Küsten, Winterfrucht	—	—	22	20	50	18
Küsten, Sommerfrucht	—	—	22	19	50	16
Dotter	—	—	21	19	—	16
Schlagleinseit	—	—	25	50	20	—
Gansfaat	17	—	16	—	14	—
Kleesamen: schwach zugeführte rother gut behauptet per 50 Kilogramm 37—42—46—50 M. weißer unverändert, 45—55—66—70 M. hochheimer über Notiz bez. Rapsfrüchte gut behauptet, per 50 Kilogr. 6,40—6,60 M. fremde 6—6,20 M. — Leinfuchen ohne Änderung, per 50 Kg. 9,70 bis						

